

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unser Bureau
jezt im Jahre monatlich 375 Mark.
Einzelnhefte nehmen die Postträger
nach für Auswärtige die Postgebühren
einlegen. — Erhalten monatlich
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.
Telegramme: Cagblatt Auergebirge.

Abonnement: Die Auergebirger
Poststelle für Auergebirge aus Auer
und umgekehrt 375 Mark, auswärts
Auergebirge 375 Mark, Postgebühren
375 Mark, bei größeren Ab-
nahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 264

Montag, den 13. November 1922

17. Jahrgang

Ein demokratisches Wirtschaftsprogramm.

Die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion stimmt folgendem Programm über Marktstabilisierung, Reparation und innenpolitische Wirtschaftsreformen zu:

I. Finanz- und währungsrechtliche Maßnahmen.

1. Die Anpassung der Verpflichtungen aus dem Versailler Diktat an die deutsche Leistungsfähigkeit und die Überwindung des zurzeit bestehenden Passivabos der jährlichen deutschen Wirtschaftsbilanz durch weltwirtschaftliche Kredite und gesteigerte Produktion sind die unerlässlichen Voraussetzungen einer dauernden, natürlichen Stabilisierung der deutschen Währung.

2. Wägt die weltwirtschaftliche und weltwirtschaftliche Nachkriegssituation eine endgültige Regelung der vorstehend genannten Voraussetzungen im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zu, so muß der Versuch gemacht werden, im Rahmen eines Provisoriums die Voraussetzungen für das mit allen Kräften zu erstrebende Definitivum zu schaffen. Die Bedingungen des Provisoriums bestehen in:

a) außenpolitisch: Vereinbarung eines langen Moratoriums für alle Verzinsungen und Sachleistungen;

b) innenpolitisch:

1. Marktstabilisierung durch Einleitung einer Stützaktion für die Mark auf der Grundlage ausreichender Stabilisierungskredite unter Mitwirkung der Reichsbank.

2. Sicherung ausreichender Produktionskapital durch internationale Produktionskredite. — Beispiel: deutsch-holländischer Kredit.

3. Abbau aller Maßnahmen, die den Ruheeffekt der deutschen volkswirtschaftlichen Arbeit beeinträchtigen, die Ausbarmachung der vorhandenen technisch-wirtschaftlichen Produktionsvoraussetzungen behindern.

4. Sicherung der Bilanzierung des deutschen Reichshaushalts.

3. Eine Durchführung einer künstlichen Marktstabilisierung ohne Schaffung der erforderlichen außenpolitischen Voraussetzungen ist unmöglich. Der Versuch von Teilmaßnahmen ist nutzlos und schädlich.

4. Die Durchführung der unter Ziffer 2 genannten Maßnahmen stellt an Kapital und Arbeit außerordentliche Anforderungen. Mit Fortdauer unerschütterlicher Notstände muß leider auch fernerng gerechnet werden. Aufgabe des Staates muß es sein, diese Notlage durch alle geeigneten Maßnahmen, insbesondere eine warmherzige Wohlfahrtsfürsorge, möglichst zu erleichtern.

5. Die Regierung muß, um außen- und innenpolitisch nicht den Boden zu verlieren, ein allgemeines Finanzprogramm aufstellen, das sich insbesondere auf die Frage: a) der Lasten aus dem Diktat von Versailles, b) der Bilanzierung des Haushalts, c) der Steigerung der Produktion und damit der Stabilisierung der Währung einstellt. Die Zeit bis zur Brüsseler Konferenz muß mit allem Nachdruck für die Aufstellung eines solchen Programms ausgenutzt werden.

6. Vorbedingung für die Gesundung der Staatsfinanzen und eine Stabilisierung der Mark ist eine gesunde Ökonomie in den einzelnen landwirtschaftlichen, industriellen und Handelsbetrieben. Dies ist aber nur dann möglich, wenn den Betrieben Zahlungsmittel zur Verfügung stehen, die einen festen Wert besitzen. Daher müssen ausländische Zahlungsmittel in volkswirtschaftlich ausreichendem Umfange zugelassen werden.

7. Für die nächste Zeit braucht das deutsche Volk eine sehr erhebliche äußere Zuzufuhr an Lebensmitteln. Ohne solche Hilfe kommt die deutsche Wirtschaft und damit die Staatsgewalt im kommenden Winter in die schwerste Bedrängnis.

8. Verhandlungen mit allen europäischen Staaten über die Durchführung gemeinsamer Maßnahmen gegen die Kapitalflucht sind anzustreben.

II. Die innenpolitischen wirtschaftlichen Maßnahmen,

ohne deren Durchführung eine nachhaltige Befestigung der Mark nicht zu erreichen ist, und für die alle Kräfte des deutschen Volkes anzuspannen sind, müssen sich vor allem der Lösung nachstehender Fragen zuwenden:

1. Steigerung des Ruheeffekts der wirtschaftlichen Arbeit durch

a) Arbeitsregulierung nach der Arbeitsleistung, stärkere Differenzierung des Lohnes zwischen ge-

lernten und ungelerten Arbeitern, Förderung des Soziallohnes unter Schaffung von Ausgleichsklassen für soziale Zulagen bei verletzten Arbeitnehmern, Anwendung des Soziallohnes auch auf das Beamtenverhältnis.

b) Intensivierung der Arbeit und Zulassung der freien Vereinbarung über Verlängerung der Arbeitszeit gemäß den Erfordernissen der Wirtschaft bei der bevorstehenden gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages, Aufhebung der Bestimmungen über Betriebsstilllegung und Arbeitsfreudung.

c) Umwandlung der Erwerbslosenunterstützung in eine Arbeitslosenversicherung.

d) Zielbewußter Abbau jeder Zwangswirtschaft, insbesondere auch auf dem Gebiet der Getreidebewirtschaftung im Inlande und der Mietbewirtschaftung.

e) Unterlassung jedes Eingriffs in die Privatwirtschaft auf dem Wege der Notverordnung.

2. Staatliche und privatwirtschaftliche Sparmaßnahmen.

a) Einschränkung der Gutzufuhr, soweit nicht die deutsche Ausfuhr dabei Schaden leidet.

b) Beseitigung des Beerlaufs im Arbeitsprozeß.

c) Verminderung der Beamtenzahl in Reich, Ländern und Gemeinden. Erzielung der Beamten zu Höchstleistungen, Einrichtung der Personal- und Gehaltspolitik nach diesen Gesichtspunkten; Zusammenlegung von Ministerien.

d) Durchgreifende Reform der Reichs-Eisenbahn- und Postverwaltung.

e) Vereinfachung des Parlamentsbetriebes (Einschränkung der Gesetzgebung).

3. Erleichterung der Ausfuhr durch Abbau der Auslandskontrolle und der Ausfuhrabgabe.

4. Steuerpolitische Maßnahmen:

a) Anpassung der Steuereinnahmen des Reiches an die Geldentwertung durch Schaffung automatischer Steuerstufen bei Veranlagung und Zahlung der direkten Steuern, und restlose Durchführung des Progressionssteuersystems bei den Verzehrs- und Verbrauchssteuern.

b) Vereinheitlichung des Steuerrechts durch Vereinfachung der Steuerlegislation und Ausbau der Besteuerung an der Quelle, Klärung der Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Vereinfachung des Steuerrechts, schärfste Verfolgung von Steuerhinterziehungen.

5. Ordnung des Kapitalverkehrs durch

a) Aufhebung des Depotzwanges,
b) Wiedereinführung des Bankgeheimnisses,
c) Änderung oder Aufhebung der Bestimmungen über mündelsichere Papiere;

6. Entwicklung der freien Wirtschaft nach deren inneren Gesetzen unter Freigabe der für die Erhaltung der Wirtschaft notwendigen Preisbildung aber unter Abwehr von Wucher und unter Vorbeuge, daß nicht im Verbands- und Kartellwesen eine unbillige Ausbeutung von Arbeitnehmern und Verbrauchern stattfindet.

Barthou über das Ergebnis der Berliner Reise der Reparationskommission.

Barthou hat vor seiner Abreise aus Berlin dem Vertreter der Havasagentur die folgende Erklärung abgegeben: Die Reise der Kommission nach Berlin war eine Notwendigkeit. Die Kommission hat den größten Teil ihres Programms ausgeführt; denn sie wollte nicht die Frage an Ort und Stelle lösen, sondern Dokumente sammeln und die Lösung vorbereiten. Wir haben hier manches erfahren, was wir sonst nicht erfahren haben würden. Über unseren Bemühungen ist es nicht gelungen, die Vorschläge zu erhalten, die wir mit Recht erwarten konnten. In Deutschland ist die Macht der Verantwortlichkeit nicht minder groß wie die Kapitalflucht. Die Note der deutschen Regierung über die Stabilisierung der Mark erinnert nicht entfernt an den ursprünglichen Plan, der uns versprochen war. Die Noten sind Anregungen, aber keine Lösungen. Ich will den Entscheidungen der Kommission nicht vorgreifen.

Ich weiß, daß ein Gläubiger seinen Schuldner nicht zugrunde richten darf; ich weiß aber auch, daß ein Gläubiger sich nicht zugunsten seines Schuldners ruinieren kann. Frankreich hat nicht so viel Opfer gebracht und sozialer Vorteile geleistet, um zu erkennen, daß die nötigen Garantien ihm jetzt verweigert und entzogen werden sollen. Niemand kann erwarten, daß unter Hand die Währung die zur Abwendung weise.

Die Orientfrage und Deutschland

Die Aufmerksamkeit des politischen Deutschland, die in den letzten Wochen verständlicherweise auf die Berliner Konferenzen konzentriert war, wick sich in den nächsten Tagen und Wochen trotz der überwiegenen Bedeutung, die die Fragen der Marktstabilisierung und der Reparation für uns haben, notwendigerweise in stärkerem Maße auch wieder der Orientfrage zuwenden müssen. Der Gegensatz zwischen Frankreich auf der einen, England und Italien auf der anderen Seite, besteht hinsichtlich der Lösungsmöglichkeiten für die Orientfrage unvermindert fort, und man sieht sich in London und Rom neuerdings wieder lebhaft beunruhigt durch die Art, wie die französische Politik sich zu dem ganzen Komplex der orientalischen Fragen stellt. Die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Forderungen und Absichten wird immer dringlicher, je näher der Zeitpunkt der beabsichtigten Orientkonferenz in Lausanne heranrückt, und nach der englischen Auffassung darf diese Konferenz nicht eröffnet werden, ehe nicht durch eine Vorbesprechung zwischen den beteiligten Regierungen von Paris, London und Rom die völlige Uebereinstimmung in der zu vertretenden Politik erzielt ist. Der englische Wunsch geht so weit, eine Einmütigkeit der Auffassungen zu erstreben, die in Lausanne den Vertreter einer der Westmächte besitzigen würde, zugleich auch im Namen der anderen zu sprechen. Was uns in Deutschland an diesen Bestrebungen besonders angeht, sind nicht ihre offenkundigen Schwierigkeiten, sondern ist das nicht minder offenkundige französische Streben, ein Geschäft aus den französischen Orientwünschen in der Richtung zu machen, daß man sich um den Preis einer freien Hand gegenüber Deutschland zu Konzessionen bereit erklärt. Diese Absicht, die bereits aus der Kammerrede Poincarés, wenn auch in vorläufigen Worten, herab wurde, schallt neuerdings sehr deutlich aus einem beträchtlichen Teil der französischen Presse zu uns herüber, und wir dürfen uns nicht über die Gefahr im Unklaren stellen, die aus dieser Richtung den Reparations- und Stabilisierungsverhandlungen droht. Die Rede Bonar-Laws deutet allerdings an, daß die englische Politik die Sicherung der europäischen Ruhe als ihre wesentlichste Aufgabe betrachten will, aber die englischen Interessen im Orient sind so außerordentlich gewichtig und auf der anderen Seite ist das Bild der neuen politischen Konstellation in England noch so wenig geklärt, daß schon große Hoffnungen hier nicht am Platze erscheinen.

Hilfslosigkeit der Verbündeten in Konstantinopel.

In einem Telegramm Harringtons, das im Londoner Ministerrat eingehend besprochen wurde, teilt der General besonders mit, daß die türkische Polizei und Gendarmerie dem beherrschenden Einfluß der Vertreter der Verbündeten immer mehr entgleiten und daß es diesen daher unmöglich sei, den von asiatischer Seite nach Konstantinopel strömenden Zug zu verhindern. Sie können die Elemente, die in die Stadt kommen, nicht mehr in Schach halten und machen darauf aufmerksam, daß deren Zahl täglich zunimmt, sobald sie in absehbarer Zeit für die alliierten Behörden in Konstantinopel außerordentlich gefährlich werden können.

Brockdorffs Rußlandpolitik.

In einer Unterredung mit dem Vertreter der russischen Telegraphen-Agentur äußerte der neue deutsche Vorkonferenzen in Moskau Graf Brockdorff-Rantzau seine große Befriedigung über den ihm von Rasnin und Tschitscherin bereiteten Empfang. Die jetzigen Leiter des Staatwesens Sowjetrußlands seien gerade die Leute, deren Rußland am meisten bedürfte.

Seine Mission bestehe in der Schaffung einer Atmosphäre größter Vertrauens und größter Herzlichkeit zwischen den beiden Völkern. Aus seinen Begegnungen mit den Vertretern der Sowjetmacht, aus seinen Eindrücken von der Feier des Gedentages der Oktoberrevolution, den Volksdemonstrationen und der Parade der Roten Armee habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß die Sowjetmacht unerforschlicher sei, und daß dem russischen Volke eine große historische Zukunft bevorstehe.

Deutschland sei gegenwärtig geschwächt und könnte Rußland keine materielle Hilfe leisten. Es werde aber alle Maßnahmen ergreifen, um die technische Hilfe zu verstärken und das wirtschaftliche Band zwischen den beiden Staaten zu befestigen. Der in Vorbereitung befindliche deutsch-russische Handelsvertrag werde den gegenseitigen Beziehungen der beiden Völker feste Umrisse geben und ihre wirtschaftliche Verbindung erleichtern.